

LUTZ BRANGSCH

GRIECHISCHE KRISEN UND DEUTSCHE EXPORTÜBERSCHÜSSE

Das Parlament in Athen hat Ende Juni 2011 die Forderungen der Europäischen Union und «der Märkte» erfüllt und einen strikten haushaltspolitischen Konsolidierungskurs bestätigt. Nachdem im Mai 2010 bereits Kürzungen im Umfang von 30 Mrd. Euro beschlossen worden waren, soll nun der Haushalt um weitere 78 Mrd. Euro entlastet werden. Teile dieses Paketes sind die weitere Reduzierung öffentlicher Leistungen, Privatisierung von Staatseigentum und Steuererhöhungen. Diese Kürzungen waren die Bedingung, die die EU für weitere Hilfen gestellt hatte. Nachdem sich zuerst alle zierten, werden sich die Gläubiger jetzt in der einen oder anderen Form an der Konsolidierung des griechischen Staatshaushaltes beteiligen. Was sollen sie auch anderes tun? Am 21. Juli 2011 hat die EU insofern beschlossen, über das bisherige Maß hinaus Griechenland zu stützen und damit so ganz im Vorbeigehen auch eine neue Etappe in ihrer Entwicklung einzuleiten. Das Hilfspaket umfasst u.a. Garantien für griechische Staatsanleihen, Kredite und den Umtausch von fälligen Anleihen in solche mit längeren Laufzeiten. Im Nachhinein erscheint das schlüssig. Insofern, weil diese Reaktion ganz in der Logik des Entwicklungsweges der Europäischen Union liegt.

In den 1980er- und 1990er-Jahren vollzog der europäische Einigungsprozess einen Wandel von einer transfer- und kooperationsgeprägten Union hin zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, der durch starke politische Konsultations- und Entscheidungsmechanismen gesteuert wird. Erst im Kontext dieses Prozesses kann man verstehen, wieso gerade Griechenland in die Krise geraten ist. In der Linken weit verbreitete Ansichten, dass der deutsche «Exportismus» die Ursache der Krise wäre, dass «Lohndumping» hierzulande die Produkte auf dem Weltmarkt billiger gemacht hätte und Griechenlands Wettbewerbsfähigkeit gelitten hätte, ist viel zu kurz gegriffen. Die griechische Krise ist auch eine Krise des EU-Integrationsprozesses, insofern müssen auch Krisenerklärungen umfassender sein und weiträumiger ansetzen. Trotz des exportgetriebenen Booms in Deutschland, Schweden und einigen anderen EU-Ländern¹ zeigt die Haushaltskrise in den USA und die sich abkühlende Konjunktur, dass die Krise noch nicht überwunden ist. Die Krise in Griechenland ist weder Produkt einer «Ansteckung» noch ist sie Quelle weiterer «Ansteckungen». Sie ist Symptom des Zusammenwirkens einer nicht überwundenen Krise mit den in der EU entwickelten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und haushaltspolitischen Strategien. Die Krise der Staatsfinanzen war und ist in allen EU-Staaten latent, da die Einnahmeseite der Haushalte überall durch Steuersenkungen und Privatisierungen untergraben wurde. Die nach dem EU-Gipfel

Ende Juli 2011 beklagte Unklarheit über die tatsächliche Strategie zur Rettung der griechischen Staatsfinanzen, die in den Medien kursierenden unterschiedlichen Darstellungen der konkreten Wirkungen des Rettungspaketes auf die verschiedenen Mitgliedsländer der EU (vor allem der finanziellen Verpflichtungen, die sie damit eingehen) hängen nach den Worten der IWF-Chefin Lagarde mit der «Komplexität des Beschlusses» zusammen.² Diese Komplexität kann zweifelsfrei als Spiegel der Komplexität der aktuellen Situation verstanden werden.

Die Gleichzeitigkeit von Krisen in Griechenland, Spanien usw. bedeutet nicht Gleichartigkeit. In Spanien etwa ist es die anhaltende Immobilienkrise, die die Staatsfinanzen ins Wanken bringt. So hat die spanische Zentralbank im Juli 2011 eine große Sparkasse, die Caja Mediterráneo, verstaatlicht.³ Gleichzeitig haben Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit Spaniens in Frage gestellt.⁴ Sie begründen dies wiederum mit den Ergebnissen des EU-Gipfels zu Griechenland. Dem vorangegangen war ein Streit zwischen der EU und Spanien über den Weg der Überwindung der Krise. Während die EU

¹ Vgl. <http://www.ftd.de/politik/konjunktur/ftd-laendercheck-die-eu-stars-schwaecheln/60085175.html> (30. Juli 2011) ² Ehlich, Peter: Lagarde sieht Unklarheit bei der Euro-Rettung; in FTD Deutschland 27. Juli 2011, S. 12; ³ Jennen, Birgit: Spanien verstaatlicht Sparkasse, FTD Deutschland, 25. Juli 2011, S. 15 ⁴ <http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-moody-s-droht-madrid-wegen-griechenrettung/60085176.html> (30. Juli 2011)

von Spanien eine Exportoffensive forderte, wollte Spanien die Krise durch die Stimulierung der Binnennachfrage durch Ankurbelung des Tourismus überwinden.⁵ Allerdings ist auch dieser Weg der Stimulierung der Binnennachfrage mit weiteren Einschränkungen sozialer Leistungen und Rechte verbunden – genau wie in Griechenland oder in Deutschland.

DIE KOMPLEXITÄT DER SITUATION

Von der Bewertung der Ursachen und Auslöser einer Krise wird aber auch immer die Richtung der Lösung bestimmt. Mit dieser Richtung werden bestimmte Entwicklungspfade der Gesellschaft befördert, andere ausgeschlossen. Dabei spielt die Macht der Bilder eine große Rolle. Bilder wie einerseits das des Spekulanten und andererseits das des «ehrbaren Kaufmanns», des «Bebens» der Märkte oder eben des Ansteckens eines Unternehmens oder Staates durch andere, strauchelnde Unternehmen oder Staaten haben ihre eigene Funktion und Dynamik: Diese Bilder suggerieren, dass wirtschaftliche Prozesse elementaren, übergesellschaftlichen Charakter tragen. Sie abstrahieren von den Interessen der handelnden sozialen Gruppen und verdecken so die tatsächlichen Ursachen der Krise. Sind die Probleme einigermaßen gelöst, verschwinden sie wieder – wie z.B. das des «ehrbaren Kaufmanns», der zum Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 2007–2010 als Antipode zum bösen Spekulanten herhalten musste. Krisen sind aber Ereignisse, die am Ende lang andauernder Prozesse stehen. Ursachen und Auslöser von Krisen sind meist nicht deckungsgleich. Die Lösung der Krisen schafft neue Realitäten, die ebenfalls nur auf lange Sicht zu verstehen sind.

Der Krisenzyklus, in dem wir uns derzeit befinden, hat drei Etappen durchgemacht. Aus einer Hypothekenkrise in den USA wurde eine globale Finanzmarktkrise, aus der Finanzmarktkrise eine Überproduktionskrise, aus der Überproduktionskrise eine Krise der Staatsfinanzen. Diese unterschiedlichen Krisen hätten nicht zwangsläufig aufeinander folgen müssen. Sie folgen z.T. jeweils eigenen Gesetzen. So werden Länder wie Italien, die von der Finanzmarktkrise relativ wenig betroffen waren, nun von der Haushaltskrise mit erfasst. Ähnlich sieht es im Falle Griechenlands aus. Hier folgte die Haushaltskrise unmittelbar auf die Finanzmarktkrise, da die Bankenrettung die Schwäche der griechischen Staatsfinanzen schnell sichtbar machte. Tatsächlich wichtig für die Verknüpfung der Krisen und ihre Ausweitung auf andere Länder und andere Sektoren der Wirtschaft ist der Weg, auf dem versucht wurde, die jeweils für sich genommen spezifischen Krisen zu lösen. Deshalb muss ein Lösungsansatz komplex sein. Die Financial Times Deutschland spricht am 25. Juli 2011 davon, dass der Plan der EU zur Stabilisierung Griechenlands, der Euro-Zone und der EU Ausdruck eines Kurswechsels sei.⁶ Es komme zu einem «Wandel von der Bestrafung zur Hilfestellung». Ob dies tatsächlich so ist, sei dahin gestellt. In jedem Falle erzwingt die angesprochene Verknüpfung der Krisen in den letzten vier Jahren tatsächlich einen Strategiewechsel.

WAS SIND EIGENTLICH HAUSHALTSKRISEN?

Die Krise, um die es hier geht, ist erst einmal eine Krise der griechischen Staatsfinanzen. Im Endeffekt hat der griechische Staat mehr ausgegeben als er einnehmen konnte. Um diese Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu decken, verkaufen Staaten, so auch Griechenland, Staatsanleihen.

Das sind vom Staat verkaufte und garantierte Wertpapiere. Sie gewähren den KäuferInnen das Recht, Zinsen zu einem bestimmten Satz (daher auch «festverzinsliche Wertpapiere») auf das dem Staat zur Verfügung gestellte Kapital zu erhalten und darauf, dass der Staat zum Ende eines bestimmten Zeitraumes die Papiere zu ihrem Nennwert zurücknimmt. Wie kann es bei solch einem scheinbar einfachen Geschäft zur Krise kommen? Dies kann passieren, wenn der Staat die Zinsen nicht mehr zahlen oder wenn er die auslaufenden Anleihen nicht zurückkaufen kann. Die Zinsen und die Mittel für die Rücknahme der Wertpapiere müssen durch den Staatshaushalt aufgebracht werden. Der Staat muss also in seiner Haushaltspolitik darauf bedacht sein, einen solchen Überschuss zu erwirtschaften, aus dem er beides leisten kann. Er muss solide Einnahmen haben, um neben den regulären Ausgaben auch seine Verbindlichkeiten aus Staatsanleihen bedienen zu können. Kann er dies nicht, können die Gläubiger als Besitzer der Staatsanleihen gegen ihn vorgehen und die Zahlungen rechtlich einfordern. Das ist aber noch nicht das eigentliche Problem. Griechenland wie auch die Mehrheit der Staaten überhaupt bezahlen heute ihre Verbindlichkeiten dadurch, dass sie neue Staatsanleihen ausgeben. In dieser Situation geht es also nicht mehr um die Überbrückung von haushalterischen Engpässen durch außerordentliche Ausgaben. Sie sind vielmehr zu einem permanenten Instrument der Finanzierung staatlicher Haushalte geworden. Das geht solange gut, wie die Käufer dieser Anleihen davon ausgehen, dass ihre Forderungen auch bedient werden können. Wenn sie sich dessen nicht mehr sicher sind, kaufen sie die neuen Anleihen nicht, oder der Staat muss so hohe Zinsen garantieren, dass er sich für die Zukunft in eine Sackgasse manövriert. Das nennt man dann Risikoaufschläge. In diesem Fall spricht man von einer Haushaltskrise oder einer Krise der Staatsfinanzen. Die Erwartungen der KäuferInnen werden von den wirtschaftlichen Aussichten und dem politischen System des jeweiligen Landes bestimmt. Das ist der Faktor, der die Möglichkeiten eines Staates, sich über Anleihen zu finanzieren, beeinflusst. Ein anderer Faktor ist die Art und Weise, wie der jeweilige Staat die mit der Ausgabe der Staatsanleihen erworbenen Mittel einsetzt, wie er sich Möglichkeiten, die Forderungen der Käufer seiner Anleihen wie auch eigene Entwicklungsbedürfnisse zu befriedigen, schafft. Wenn er sie so einsetzt, dass seine Einnahmen schneller steigen als die für die Befriedigung der Anleihekäufer notwendigen Aufwendungen, kann er die Forderungen der Gläubiger befriedigen und der Mechanismus kann immer weiter laufen. Setzt er sie ein, um Einnahmeausfälle oder überproportionale Ausgabensteigerungen zu finanzieren, wird die Wahrscheinlichkeit, dass er seine Schulden nicht bezahlen kann, mit der Zeit immer größer. Die Käufer der Staatsanleihen werden dann bei neuen Verkäufen höhere Zinsen haben wollen, um im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Staates schon mal über die erhaltenen Zinsen einen Teil des eingesetzten Kapitals ersetzt zu haben. Gleiches gilt, wenn Regierungen nicht stark genug erscheinen, um die Zahlungen an die Gläubiger in ihren Ländern politisch durchzusetzen. Die Abwägung zwischen den hier skizzierten Faktoren muss jede/r KäuferIn vornehmen. In den Ratingagenturen ist diese Abwägung aus Käufersicht zu

⁵ Jennen, Birgit: Spanien widersetzt sich den EU-Rezepten, in FTD Deutschland, 14. Juni 2011, S. 12 ⁶ Kaelble, Martin/Ehrlich, Peter: Athene wurde erhört, FTD 25. Juli 2011, S. 14

einem Geschäftsmodell geworden. Sie bewerten Wertpapiere, auch Staatsanleihen, hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, dass Zinsen und Rückzahlungen tatsächlich gewährleistet sind. Unter diesen Gesichtspunkten sind die Abwägungen der KäuferInnen von Staatsanleihen im kapitalistischen Sinne rational. Das verständliche weitverbreitete Bedürfnis, gerade in Wertpapiergeschäften grundsätzlich Spekulation zu sehen, ist moralisch verständlich, für die ökonomische Analyse aber wenig hilfreich. Denn dann ist Kapitalismus an sich Spekulation. Damit verliert der Begriff aber jede analytische Qualität und man kann ihn auch weglassen. Aus KäuferInnensicht ist die Staatsanleihe ein möglicher Weg, sein Kapital zu verwerten. Die primär politische Entscheidung, den Staatshaushalt über Staatsanleihen zu finanzieren bedeutet für den Staat, sich diesem Mechanismus auszusetzen. Er setzt darauf, dass seine so getätigten Ausgaben Investitionen und Wachstum initiieren, die seine Einnahmen erhöhen. Das Geschäft mit Staatsanleihen beruht auf dieser Annahme. Die Alternative ist immer, die eigenen Einnahmen des Staates zu erhöhen. Etwa dadurch, dass Steuern erhöht werden oder dadurch, dass Zwangsanleihen ausgegeben werden. Letzteres würde bedeuten, dass die BürgerInnen verpflichtet werden, zu bestimmten Konditionen Anleihen des Staates zu kaufen und so lange zu behalten, bis der Staat sie zurücknimmt. Zuletzt hat der DGB im Jahr 2009 die Einführung einer solchen Anleihe gefordert, um die Besserverdienenden an den Kosten der Krisenüberwindung zu beteiligen.⁷

Bis hierher hat eine Haushaltskrise nicht unbedingt etwas mit dem Zustand der Wirtschaft in dem betroffenen Land zu tun. «Der Wirtschaft» kann es gut gehen, den Staatsfinanzen schlecht. Dies etwa dann, wenn trotz guter Konjunktur Steuern gesenkt werden, also die Staatseinnahmen sinken. Die Lage der einheimischen Wirtschaft wirkt auf den Haushalt vermittelt über Steuereinnahmen, Einnahmen aus öffentlichen Unternehmen u.ä. Kann die einheimische Wirtschaft durch eine gute Konkurrenzposition auf den internationalen Märkten hohe Einkünfte realisieren, kann das zu wachsenden Gewinnen der Unternehmen und auch zu steigenden Löhnen führen. Durch Ausgaben für Infrastruktur, Forschung, soziale Sicherung, die Bedürfnisse des Staatsapparates usw. kann die Konkurrenzposition der Wirtschaft gestärkt werden. Auch das kann sich in steigenden Einnahmen des Staates niederschlagen, muss aber nicht. Wenn die Unternehmen im Welthandel weniger Erlösen, als sie für die Aufrechterhaltung der Produktion und der Staat für die Aufrechterhaltung des politischen und sozialen Systems sowie einer entsprechenden Infrastruktur (also Bildung, Forschung, Verkehrswesen etc.) benötigen, müssen sich ggf. der Staat und die Unternehmen verschulden. Wie sich solche Entwicklungen auf Staatshaushalt und Staatsschulden auswirken, hängt von einer Unzahl vor allem politischer Faktoren ab. Eine große Rolle spielen der Zustand des Steuer- und Rechtssystems, der Einfluss internationaler Organisationen wie EU oder IWF, nicht zuletzt auch die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, wie aber auch die Interessen der unterschiedlichen Kapitalfraktionen. Das Problem entsteht, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, politische Stabilität und «allgemeine Reproduktionsbedingungen» für die Wirtschaft, das Kapital, zu gewährleisten. Dann setzt eine Abwärtsspirale ein. In diesem Fall kann Sparen genau falsch sein, wie das Beispiel Griechenland zeigt: Im Mai bescheinigte die OECD

«Erfolge»⁸. Im OECD-Frühjahrsgutachten wird vermerkt, dass Griechenland sein Haushaltsdefizit binnen eines Jahres um 7,5 Prozent gesenkt habe – mehr als jedes andere OECD-Land in den letzten 25 Jahren. Wenig später erhöhte sich trotzdem der Druck «der Märkte» auf die griechischen Anleihen. Axel Troost ist hier zuzustimmen, wenn er feststellt: «Auch mit weiteren Sparprogrammen wird Griechenland seinen Haushalt nicht konsolidieren. Im Gegenteil: Sie produzieren kurzfristig nur Steuerausfälle und vertiefen die Rezession. In der Krise zu sparen, bekommt keiner Volkswirtschaft gut. Angebracht ist jetzt ein EU-weites Investitionsprogramm in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedstaaten. Zudem müssen sich die Staaten der Euro-Zone verpflichten, ihre Wirtschaftspolitik zu koordinieren und entschlossen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung vorzugehen.»⁹ Die Anleger interpretierten die Kürzungen im griechischen Staatshaushalt durchaus berechtigt als Quelle politischer Konflikte und als eine Einschränkung der Entwicklungsfähigkeit der griechischen Wirtschaft. Damit war aus ihrer Sicht die Rückzahlung der Anleihen unsicherer geworden. Da nun aber auch privaten Unternehmen Aufträge des Staates entgehen und durch die Einschnitte bei Einkommen Staatsbediensteter oder durch die Senkung von Renten und anderen Sozialleistungen auch private Unternehmen Einnahmeausfälle zu erwarten haben, werden auch sie in den «Strudel des Misstrauens» gerissen. So werden zwar Portugal gute Sparleistungen bescheinigt, aber weitere Steuererhöhungen, Kürzungen im öffentlichen Sektor (Gehälter, Einkauf, Investitionen) und Privatisierungen gefordert.¹⁰ Es sind zwei Faktoren, die im politischen Bereich und im Bankenbereich liegen. Die Wirtschaftswoche hält fest: «Doch wo können neue gefährliche Schieflagen entstehen? Vor allem bei Staatsanleihen und Währungsspekulationen: Hedgefonds haben jüngst ihre Wetten auf eine weiter um sich greifende Euro-Krise gegen Portugal, Spanien und Italien erhöht. ... Finch erwartet, dass die Regierungen in Lissabon, Madrid und Rom ihre Haushaltsausgaben massiv zusammenstreichen werden und damit Wirtschaft und die Kaufkraft der Bürger drücken. Um davon zu profitieren, geht Finch beispielsweise Wetten gegen Mobilfunk, Versorger und Betreiber von Mautstraßen ein – er spekuliert auf Wertverlust von Anleihen solcher Unternehmen aus den Euro-Südländern.»¹¹ Die Hedge-Fonds haben ein Interesse am Zusammenbruch – und setzen dafür natürlich ihre politischen Druckmöglichkeiten ein.

Dies scheint alles ganz einfach – ist es aber in der Realität natürlich nicht. Trotzdem ist die Grundlage für die Bewertung einer Haushaltskrise hier anzusetzen. Tatsächlich überlagern sich viele Faktoren, die zudem auch noch aus politischen Motiven oft einseitig interpretiert werden. Einer dieser Faktoren ist, dass diese Staatsanleihen, also das Recht auf Zins und Rückzahlung, selbst Gegenstand des Handels sind. Es handelt sich also nicht um das Verhältnis eines konkreten Käufers, der seine Anleihe von Anfang bis zum hoffentlich glücklichen Ende behält und dazwischen Zinsen bezieht,

⁷ http://www.dgb.de/presse/++co++d38d6e8e-1560-11df-4ca9-00093d10fae2/@index.html?search_text=zwangsanleihe&x=0&y=0 (30. Juli 2011) ⁸ Ohanian, Mathias/Kaelble, Martin: Griechenland spart rekordverdächtig, in FTD Deutschland 26. Mai 2011, S. 14 ⁹ <http://www.axel-troost.de/article/5344.bundesregierung-setzt-in-griechenland-krise-weiter-auf-die-falschen-rezepte.html> (30. Juli 2011) ¹⁰ Grüttner, Anne: Sparprogramm greift noch zu kurz, in: Wirtschaftswoche Nr. 30 vom 25. Juli 2011, S. 34f. ¹¹ Heismann, Günter/Schürmann, Christof: Dunkle Seite der Macht, in: Wirtschaftswoche Nr. 30, 25. Juli 2011, S. 86

zum Staat. Die Wertpapiere werden in ihrer Laufzeit gekauft und verkauft. Dies in dem Maße, in dem die Erwartung, dass sich das Papier realisiert, steigt oder fällt. Investoren, die befürchten, dass Zinsen nicht mehr bezahlt werden können, verkaufen ihre Wertpapiere – andere, die darauf hoffen, dass alles gut wird, kaufen sie dann den Vorsichtigen für einen Preis unterhalb des Nominalwertes ab. Braucht ein Anleihebesitzer Geld, kann er eine Staatsanleihe eines stabilen Staates auch über dem Nominalwert verkaufen, weil die feste Verzinsung und der sicher erscheinende Rückkauf durch den Staat dem Käufer mehr Sicherheit bietet als andere Wertpapiere. Deshalb liegen viele dieser Papiere bei Versicherungen und Pensionsfonds. Sie galten bisher wegen der festen Verzinsung und der Bürgschaft des Staates als sichere Basis für langfristige Verpflichtungen, die eine Versicherung eben eingeht. Wenn dieses Gefühl der Sicherheit schwindet, hat dies wiederum Folgen auf die Bewertung von Staatsanleihen, die neu herausgegeben werden, aber auch für die Chancen, Anleihen zu einem akzeptablen Preis zu verkaufen. In einer Analyse der Deutschen Bank heißt es: «Die jüngsten Krisen und die steigende Lebenserwartung belasten auch kapitalbasierte Rentensysteme. Lebensversicherungen und Pensionsfonds, die Rentenpläne mit fester Leistungszusage (defined benefit) finanzieren, sind derzeit zudem durch niedrige Zinsen herausgefordert. Weiterhin stehen daher Leistungsversprechen der Pensionsfonds auf der Agenda. Schwierig ist die Lage der Pensionsfonds v.a. in Griechenland und Irland, zumal diese Fonds einen hohen Anteil ihres Vermögens in heimischen Staatsanleihen bzw. Aktien halten.»¹² Das ist der Hintergrund, vor dem auch Konzerne wie die Allianz auf eine rasche Krisenlösung drängen.¹³ Bezogen auf den jeweiligen Staat spielen die Kurse der bereits umlaufenden Staatsanleihen nur in dieser Hinsicht eine Rolle: als Signal, ob eine Volkswirtschaft die Zinsen und die Tilgung dieser Anleihe aus Sicht der Anleger leisten kann oder nicht. Die Bewegung der Staatsanleihen als Form, in der sich Staaten finanzieren, spiegelt also die Wechselwirkung von politischen und ökonomischen Momenten in tatsächlich komplexer Art wieder. Es sind insofern mindestens folgende Faktoren, die bei der Entwicklung von Lösungswegen für die Krise der griechischen Staatsfinanzen in Rechnung zu stellen sind:

1. die innere politische Verfasstheit des Landes (Zustand der öffentlichen Verwaltung, Rechtssystem, Regulierungsumfang und -art, Zustand sozialer Sicherungssysteme, Macht der Lobbyvereinigungen ...);
2. die Wirtschaftskraft der Unternehmen des Landes;
3. die von der Regierung verfolgte Richtung eigener wirtschaftlicher Betätigung und der Bereitstellung allgemeiner Reproduktionsbedingungen (Umfang eigener unternehmerischer Tätigkeit, Bankenpolitik, Förderpolitik, Beschaffungspolitik, Infrastruktur ...);
4. das Kräfteverhältnis Kapital-Arbeit und das Verhältnis von formeller und informeller Wirtschaft;
5. Charakter und Tragfähigkeit der Geschlechterbeziehungen, der Familienbeziehungen, der geschlechtsspezifischen und der Arbeitsteilung zwischen den Generationen;
6. internationale politische und ökonomische Bindungen (Verpflichtungen gegenüber der EU, dem IWF ...);
7. die Bewegung der Schuldtitel selbst auf den Finanzmärkten.

Erst in ihrem Zusammenwirken bestimmen diese Faktoren, inwieweit ein Staat in der Lage ist, die Finanzierung seines Haushaltes über Kredite tatsächlich zu beherrschen. Jeder dieser Faktoren birgt Krisengefahren in sich und muss so bei der Konzipierung alternativer Ansätze berücksichtigt werden. Die um die Krise der griechischen Staatsfinanzen aufgebauten Mythen haben nur einen Zweck: Von den tatsächlichen Ursachen abzulenken.¹⁴ Wenn von links behauptet wird, dass das Lohndumping in Deutschland die Euro-Krise verursacht habe¹⁵, so greift dies zu kurz.

KONSEQUENZEN DER GLOBALISIERUNG – UND DER VERÄNDERUNG DER EU

Regierungen sind nicht frei in ihren Entscheidungen. Sie handeln immer in einer bestimmten Interessenkonstellation und im Rahmen konkreter Kräfteverhältnisse. Soweit es um den Faktor Wirtschaft geht, ist auch die Einordnung in die globale Arbeitsteilung eine wesentliche Bedingung. Im Falle Griechenlands geht es also nicht einfach um schlechte Haushaltspolitik. Schon gar nicht sind es ausufernde soziale Ausgaben oder Ansprüche der Beschäftigten in Griechenland, wie die Stammtischweisheit meint. Auch die vermeintliche oder tatsächliche Konkurrenzschwäche der griechischen Wirtschaft und der in diesem Zusammenhang immer wieder genannte deutsche «Exportismus» sowie die schwache oder auch rückläufige Reallohnentwicklung in Deutschland können angesichts der hier nur kurz skizzierten Bedingungen einer Haushaltskrise nicht als zentrale Ursachen benannt werden. Die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe liegen in Griechenland bei 19 Dollar, in Deutschland bei 46 Dollar je Stunde.¹⁶ Es muss um die Art und Weise gehen, in der verschiedene Faktoren zusammenwirken. Warum konnte der griechische Staat die Einnahmen aus dem Verkauf der Staatsanleihen nicht so einsetzen, dass er die Schulden ohne neue Anleihen hätte bedienen können? In welchem politischen und wirtschaftlichen Rahmen hat die griechische Regierung diese Entscheidungen getroffen? Bundesbankpräsident Jens Weidmann ist in dieser Frage ganz Ideologe. Er behauptet, dass die Ursache der Krise unsolide Staatsfinanzen seien. Daher sei «die Haushaltskonsolidierung entscheidend, und zwar im gesamten Euro-Raum.»¹⁷

Warum geben Staaten mehr aus, als sie einnehmen? Diese eigentlich interessante ökonomische Frage spricht der promovierte Volkswirt nicht an. Er erklärt einen möglichen Auslöser einer Krise zur Ursache, zum «letzten Grund». Dem entspricht die Generalisierung, man müsse die Haushaltskonsolidierung «im gesamten Euro-Raum» angehen. Tatsächlich zentral ist der einfache Fakt, dass Struktur und Leistungsfähigkeit der griechischen Wirtschaft, die auf Standortkonkurrenz inner-

¹² Bräuninger, Dieter: Alterssicherung und Staatsverschuldung im Eurogebiet, in: Beiträge zur europäischen Integration, EU Monitor 83 vom 05. Juli 2011, Deutsche Bank Research, Frankfurt/Main, S. 1 ¹³ <http://www.ftd.de/unternehmen/versicherungen/euro-krise-allianz-draengt-auf-rasche-griechen-loesung/60080145.html> und <http://www.ftd.de/unternehmen/schuldenkrise-munich-re-chef-fuerchtet-anlage-notstand/60085921.html> (30. Juli 2011) ¹⁴ vgl. dazu: Kaufmann, Stephan: «Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!» 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2011 ¹⁵ <http://www.linksfraktion.de/reden/lohndumping-verursacht-euro-krise/> ¹⁶ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Internationales/InternationaleStatistik/Land/Europa/Deutschland,templateld=renderPrint.psml> und <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Internationales/InternationaleStatistik/Land/Europa/Griechenland,templateld=renderPrint.psml> siehe auch <http://www.ftd.de/politik/konjunktur/serie-europa-im-fleisstest-5-griechische-arbeiter-sind-gar-nicht-mal-so-teuer/60070315.html> ¹⁷ <http://www.zeit.de/2011/29/Bundesbank-Weidmann> (30. Juli 2011)

halb der EU orientierte Politik der Union und die durch Maastricht- und Lissabonvertrag vorangetriebene Deregulierung schlichtweg nicht zusammenpassen. Die griechische Regierung ist so Täter und Opfer zugleich. Im Interesse der internationalen Finanzoligarchie haben die griechischen Regierungen eine Politik der EU unterstützt, deren Opfer das Land nun selbst geworden ist. Dies gilt genauso für Spanien, Portugal oder Irland, wenn auch konkret aus unterschiedlichen konkreten Gründen. Während die KäuferInnen der Staatsanleihen Deutschland, Japan und sogar den USA zutrauen, aus eigenen wirtschaftlichen Potenzialen ihre Schulden zu bedienen, wird dies Griechenland im aktuellen Kontext nicht zugetraut. Dahinter steht in erster Linie die Unfähigkeit der EU, das ursprüngliche Versprechen, durch gemeinsame Anstrengungen eine wirtschaftlich florierende und sozial stabile Region zu werden, einlösen zu können. Die Vorläuferorganisation der EU wurden zwischen 1951 und 1957 als das gegründet, was heute gerade von Deutschland abgelehnt wird – als Transferunion. Und Deutschland, genauer die BRD, war einer der Hauptnutznießer dieser Transfers. Transfers, gemeinsamer Markt und politische Einbindung der damaligen BRD in den westlichen Block waren die Ausgangspunkte der EU, wie wir sie heute kennen. Politische, wirtschaftliche und politische Stabilität als Gegenpol zur Entwicklung der sozialistischen Staaten waren ein zentrales Ziel der damaligen (West)Europäischen Gemeinschaften. Dazu kam dann vor allem in den 1960er- und 1970er-Jahren die Behauptung gegenüber den Konkurrenten USA und Japan. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus verschoben sich die Ziele der nun entstehenden Europäischen Union. Die gemeinsame Festigung der Konkurrenzposition gegenüber den USA, Japan und später den BRIC-Staaten wurde noch wichtiger. Nicht weniger wichtig war, den Beziehungen und der Konkurrenz untereinander einen neuen Rahmen zu geben. Mit den Verträgen von Maastricht und Lissabon wurde der Charakter der EU in diesem Sinne grundlegend verändert. Die EU sollte die dynamischste und konkurrenzfähigste Region der Welt werden. Der Gewinn von Weltmarktanteilen ist dieser Strategie als Kern innewohnend. Da der gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung nicht durch eine Sozialunion fundiert wurde, und dadurch, dass Wachstum durch Umverteilung von unten nach oben, durch Abbau öffentlicher Leistungen und Privatisierung geschaffen werden sollte, wurden die Starken der EU stärker. Das, was heute deutsches Exportmodell genannt wird, ist das EU-Modell.

Die Lohnkostenkonkurrenz ist dabei ein, aber tatsächlich nur ein Aspekt. In Deutschland sind die Reallöhne nicht in dem Maße gestiegen, in dem es möglich gewesen wäre. Das ist zweifelsfrei wahr. Insoweit Deutschland und Griechenland gleiche Waren austauschen oder sie um gleiche Käufer konkurrieren, wäre Deutschland im Vorteil. Diese Situation ist aber eher die Ausnahme. Beide Länder nehmen in der internationalen Arbeitsteilung unterschiedliche Positionen ein. Griechenland spielt eine wichtige Rolle als Zulieferer des deutschen Maschinenbaus, als Lieferant pharmazeutischer und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und von Erzeugnissen der Textilindustrie. Deutschland exportiert Maschinenbauerzeugnisse und vor allem Autos. Aber selbst im Falle, dass Unternehmen beider Volkswirtschaften auf den gleichen Märkten konkurrieren würden, müssten sich unterschiedliche Reallöhne nicht zwangsläufig in unterschiedlicher Kon-

kurrenzfähigkeit und schon gar nicht in Haushaltsdefiziten niederschlagen. Reallohnentwicklung ist nämlich primär eine Frage des Machtverhältnisses von Kapital und Arbeit. Sie ist im Falle Deutschlands Ausdruck der Schwäche der Bewegungen der Lohnabhängigen. Es ist den deutschen Unternehmen gelungen, durch Nutzung aller Möglichkeiten technologischer Entwicklung bis hin zur Absenkung des Wertes der Ware Arbeitskraft (der Lohn ist Spiegel dessen) Produktivität zu erhöhen und durch innovative Produkte und Verfahren eine starke Weltmarktposition in spezifischen Bereichen zu erringen. Die deutsche Konkurrenzposition auf einen Lohnkostenvorteil zu reduzieren, ist eine unzulässige Vereinfachung. Ob und inwieweit dabei die sinkenden Reallohne wirklich maßgeblich sind, ist nicht klar. In Griechenland liegen die Löhne teilweise weit unter denen Deutschlands, während die Lebenshaltungskosten mit denen in Deutschland vergleichbar, in einigen Bereichen sogar höher sind.

Für die Preise von Waren ist aber bestenfalls die Höhe der Löhne, nicht ihre Entwicklung maßgeblich. Die Preise, zu denen Deutschland und Griechenland ihre Waren austauschen, sind Weltmarktpreise. Diese bilden sich letztlich entsprechend dem international anerkannten Arbeitsaufwand. Genauer: dem Aufwand, mit dem die Masse der entsprechenden Waren auf dem Weltmarkt produziert wird. In Deutschland beheimatete Unternehmen konkurrieren nicht mit griechischen Unternehmen um Marktanteile in Griechenland, sondern mit denen anderer Länder. Höhere Löhne in Deutschland würden am Preis der Waren erst einmal nichts ändern, sondern nur an den Gewinnen der deutschen Unternehmen. Diese würden dann versuchen, sich erst einmal wieder an den Löhnen schadlos zu halten. Das würde aber erst einmal nicht die Exportorientierung brechen können – die gesamte Struktur der deutschen Wirtschaft ist auf Export orientiert. Analog geht es griechischen Unternehmen: sie konkurrieren um Marktanteile in Deutschland mit Ländern, die ihre Waren ebenso billig anbieten können, wie es griechische Unternehmen auch tun müssen. Diese einfache alltägliche kapitalistische Gesetzmäßigkeit hat für Griechenland verheerende Folgen. Die griechische Wirtschaft ist in dieser Situation nicht in der Lage, in neue Marktsegmente vorzustoßen, um den exportierenden deutschen, schwedischen usw. Unternehmen Konkurrenz zu machen. Die subalterne Stellung auf dem Weltmarkt wird – wenigstens in einigen Teilen – konserviert. Denn Griechenland ist keinesfalls ein wirtschaftlich schwaches Land: griechische Reedereien, pharmazeutische Unternehmen und Schiffbau sind drei Bereiche, in denen das Land gute Konkurrenzpositionen hat.

Das Problem, mit dem man bei der Ursachenbeschreibung der Krise der griechischen Staatsfinanzen konfrontiert ist, ist die Art, wie sich die internationale Arbeitsteilung auf dem kapitalistischen Weltmarkt im Allgemeinen und in der EU im Besonderen entwickelt hat. Aus dieser Stellung heraus kann die griechische Wirtschaft nicht die Mittel erwirtschaften, die der Staat eigentlich braucht, um einen attraktiven Wirtschaftsstandort zu gestalten. Daher muss er sich verschulden. Dieser Prozess wird durch den Druck der EU auf Senkung der Lohnnebenkosten, der Steuerlasten usw. verstärkt. Die Krise der Staatshaushalte in Griechenland, Portugal, Spanien, Irland usw. wird dadurch zu einer Krise des Euro-Raumes, weil die gemeinsame Politik der EU-Staaten nicht das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben als Basis

einer im sozialen, ökologischen und ökonomischen Sinne nachhaltigen Entwicklung zum Gegenstand hat. Da die EU-Politik kaum Ansätze liefert, die eine Stärkung der jeweiligen Volkswirtschaften erwarten lassen, «misstrauen die Märkte» folgerichtig den Staatsfinanzen.

WO LIEGEN EINSTIEGE IN LÖSUNGSWEGE?

Das Problem liegt also nicht primär im deutschen Exportüberschuss. Das Problem liegt in den Faktoren, die diesen Exportüberschuss erzwingen. Die Alternative liegt nicht darin, den Exportüberschuss irgendwie abzubauen, sondern die Reproduktionsfähigkeit der griechischen Volkswirtschaft zu stärken, diese mit einem Umbau der vorhandenen volkswirtschaftlichen Strukturen zu verbinden und gleichzeitig analoge Umbauprozesse in Deutschland, besser gesagt wenigstens im EU-Raum einzuleiten. Das erfordert entsprechende politische Rahmensetzungen und ... Planung. Man möge sich doch nicht einbilden, dass Griechenland ad hoc auf Knall und Fall die deutschen Exporte aus eigenen Ressourcen ersetzen könnte und wollte. Hinter diesen Exporten steht eine gewachsene globale Arbeitsteilung, auch eine Arbeitsteilung in der Industrie, in der Griechenland keinesfalls Lieferant von Billigprodukten ist. Dahinter steht die Einbindung beider Volkswirtschaften in globale Unternehmensstrategien und globale Finanzierungsflüsse. Die Konzentration der EU auf haushaltspolitische Fragen, und dabei auch noch auf die Verringerung der Ausgaben allein, wird den nötigen Strukturwandel in allen EU-Staaten eher behindern. Das wird auch zunehmend erkannt. Nicht nur die Financial Times Deutschland spricht dementsprechend von einem Marshall-Plan für Griechenland.¹⁸

Nötig wäre eigentlich eine EU-weite Strukturpolitik, die angesichts manifester Überkapazitäten und regionaler Disproportionalitäten innerhalb der EU einen Konversionsprozess einleitet. Griechenland braucht nicht nur ein Aufbauprogramm, wie die FTD in ihrem Artikel von Ende Juni 2011 schreibt, sondern die EU braucht ein Umbauprogramm. Im Kern ginge es also um eine positive aktive Standortpolitik, die die Fähigkeit der griechischen Wirtschaft stärkt, die Grundlagen für die eigene Entwicklung und für eine tragfähige soziale und kulturelle Entwicklung zu schaffen. Gleichzeitig müsste diese Politik eine Konversion der Wirtschaften der exportorientierten Länder wie Deutschland oder Schweden unterstützen. Es geht um eine Restrukturierung der Wirtschaft der EU als Wirtschaftsraum, einen Ausgleich in der entstandenen Art gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Das steht im Mittelpunkt, nicht deutsche Exportüberschüsse als Abstraktum. Es geht um Umbau, Rückbau und Aufbau in allen EU-Ländern. Denn die Ungleichgewichte der Wirtschaftskraft haben ihre Ursachen in unterschiedlichen Entwicklungen der Wirtschaft. Diese wiederum sind materiell wie auch finanziell bedingt – also was wie produziert, finanziert und umverteilt wird. Das Verständnis dieser Unterschiedlichkeit ist entscheidend für die gewählten Wege der Überwindung der Krise.

Mit den Gemeinschaftsinitiativen zur Regionalentwicklung oder zur sozialen Kohäsion hatte die EU derartige Ansätze durchaus, die aber unter den heutigen Bedingungen neu bestimmt werden müssten. Das Projekt der «Wirtschaftsregierung» ist bisher eher das einer Haushaltsüberwachungsbehörde.¹⁹ Die Initiative der Europäischen Linkspartei für die Einrichtung eines Europäischen Fonds für soziale Entwick-

lung²⁰ ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Schritt, müsste aber zu einer Offensive für eine europäische, sozialen und ökologischen Zielen verpflichtete Wirtschaftspolitik unter- setzt werden. Ob dieser Strategiewechsel erfolgen wird, ist offen. Die derzeitige Debatte im EU-Parlament läuft eher auf eine Kürzung der Ausgaben für die EU-Strukturfonds hin- aus.²¹ Es gibt keine EU-weite Bewegung, die in diesem Sinne eine wirtschaftspolitische Initiative der EU befördern könn- te. Auch die Proteste bleiben immer noch national und auf Umverteilungsfragen beschränkt. Die Konzentration auf die Umverteilungsfrage kann durchaus politisch destabilisierend wirken. Das hinter der griechischen Krise stehende Problem können sie auf diesem Weg nicht ohne weiteres lösen. Der Weg von politischer Destabilisierung und Delegitimierung über Umverteilungsforderungen zu einem eigenen Projekt der Rekonstruktion ist lang und verworren. Selbst der be- rechtigt geforderte haircut²² schafft erst einmal nur Entlas- tung. Auch wenn dieser Schuldenschnitt wichtig ist – er ist keine Strategie.

Stellt man die Spezifik der Haushaltskrisen sowie ihre Hinter- gründe in Rechnung, geht es um vier Richtungen, in denen Alternativen zu der um sich greifenden Krise der Staatsfinan- zen gesehen werden können:

1. von einer «Exportismus»-Debatte weg und hin zu einer Debatte eines sozialökologischen Umbaus kommen, die die Probleme der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung thematisiert und angeht;
2. damit verbunden einen Kurs auf die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen in einer gerechten Weltwirt- schaftsordnung einschlagen;
3. Staatsverschuldung senken durch die Stärkung der Einnahmeseite der Haushalte und die Orientierung der Ausgaben an demokratisch entwickelten Prioritäten;
4. Staatsverschuldung zur Ausnahme machen.

Für Deutschland ganz speziell steht ohnehin die Verpflich- tung an, die ausstehenden Reparationszahlungen an Grie- chenland zu leisten.²³

Allerdings ist eine konsequente Bearbeitung der Krise in diesem Sinne angesichts der Machtverhältnisse unwahr- scheinlich. Wahrscheinlicher ist eine Fortsetzung des Lavie- rens zwischen Versuchen, durch Druck auf Einkommen und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen Spielräume für die Krisenbewältigung zu erlangen und der Notwendigkeit, politische Stabilität zu wahren. Ob Eurobonds (also von der EZB herausgegebene Staatsanleihen) oder Staatsbankrott,

¹⁸ <http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-ein-marshallplan-fuer-hellas/60071040.html> (29. Juni 2011), <http://www.faz.net/artikel/S30638/investitionskonferenz-roesler-griechenland-ist-wie-polen-vor-20-jahren-30474369.html> (30. Juli 2011), siehe auch: Tarterler, Jens/Rademaker, Maïke: Rösler vergleicht Griechenland mit Ostblock; FTD Deutschland 28. Juli 2011, S. 11 ¹⁹ http://ec.europa.eu/europe2020/priorities/economic-governance/index_de.htm (30. Juli 2011) ²⁰ Vgl. Laurent, Pierre: Gegen den «Pakt für den Euro», in: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog 08/2011, S. 159 ff. ²¹ <http://www.ftd.de/politik/europa/eu-haushalt-der-1000-mrd-euro-poker-beginnt/60071162.html?page=2> (30. Juli 2011) und <http://ifg.rosalux.de/2011/07/07/vor-sicht-eu-finanzplanung/> (30. Juli 2011) ²² <http://ifg.rosalux.de/2011/04/19/griechenland-in-limbo/> (30. Juli 2011) ²³ Der Historiker Hagen Fleischer sagte dazu im Deutschlandradio am 2. März 2010: «Und Anfang 1945, also noch unter Nazi-Vorzeichen, wurde im Auftrag der Reichsbank und des Auswärtigen Amtes die Höhe der - wörtlich - «Reichsverschuldung gegenüber Griechenland ... für künftigen Gebrauch» auf 476 Millionen Reichsmark berech- net. Ich habe die Denkschrift selber ausgegraben aus den Kellern des Bundesarchivs. Nach heutiger Kaufkraft sind das über fünf Milliarden Euro- ohne einen Pfennig Zinsen. Hingegen wurden die deutschen Nachkriegskredite an Griechenland eben immer sehr, sehr wacker verzinst. Wir haben also die absurde Situation, dass Exponenten des NS-Regimes den kreditären Charakter dieser Zahlungen, die deutsche Schuld gegenüber Griechenland, explizit anerkannten, dies aber von den demokratisch gewählten Regierungen der BRD, der Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, ignoriert wird.» <http://www.dradio.de/dkultur/ sendungen/thema/1135445/> (12. August 2011)

wie jetzt wieder von Schäuble gefordert: letztendlich gehen die derzeit präferierten Lösungswege an den realen Problemen vorbei.²⁴ Dabei werden sich soziale Konflikte, so zeigen die Entwicklungen in Griechenland, Spanien und nun auch Großbritannien, zuspitzen. Da weitergehende Möglichkeiten, über den Haushalt soziale Zugeständnisse zu organisieren, durch die Haushaltskrise gering geworden sind, droht eine Verschärfung repressiver Formen der Machterhaltung. Die heute entstehenden sozialen Konflikte entfalten sich jenseits der bis in die frühen 2000er-Jahre dominierenden Linien in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Bisherige Formen der Politisierung und Organisation über linke

Parteien und über Gewerkschaften erreichen viele Menschen nicht mehr. Die konkreten Wege der Auflösung dieser Situation hängt entscheidend davon ab, ob und wann die Bewegungen der Lohnabhängigen entsprechende Organisations- und Protestformen finden werden. Die griechische Haushaltskrise ist vor diesem Hintergrund tatsächlich eine «komplexe» Krise.

Lutz Brangsch ist Ökonom und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

²⁴ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/schulden-streit-europa-debattiert-weiter-ueberrettung/60091061.html> (13. August 2011)

Stephan Kaufmann

«VERKAUFT DOCH EURE INSELN, IHR PLEITE-GRIECHEN!»

20 BELIEBTE IRRTÜMER IN DER SCHULDENKRISE



Aktualisierte
NEUAUFLAGE
August 2011

Im Frühjahr 2010 bewahrten die EU-Staaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) die griechische Regierung vor der Zahlungsunfähigkeit. Nur ein Jahr später jedoch war ein weiteres Kreditpaket für Athen nötig. Die Hilfszusagen summieren sich mittlerweile auf über 200 Milliarden Euro. In Europa streiten die Regierungen darüber, ob Griechenland diese Hilfe überhaupt verdient, ob sie nötig ist und wer das zahlen soll. In Deutschland herrscht vielfach die Meinung vor, Griechenland sei selbst schuld an seinem Elend: Erst habe sich das Land in die Euro-Zone gemogelt, dann habe die Regierung zu viel ausgegeben, die Regierten hätten zu wenig gearbeitet. Genährt werden solche latent nationalistischen Deutungsmuster von deutschen Politikern und den Medien, die entsprechende «Lösungen» der Krise vorschlagen: Die Griechen müssten mehr sparen, mehr arbeiten und ihr öffentliches Eigentum verkaufen – und wenn das alles nichts hilft, muss Griechenland eben raus aus der Euro-Zone bzw. bankrott machen. Das Dumme daran: Weder sind die genannten Ursachen der Krise zutreffend, noch die Auswege zielführend.

Elektronisch abzurufen unter:

www.rosalux.de/publikation

Die gedruckte Fassung kann bei der

Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden.

Kontakt: Karin Malingrioux, malngrioux@rosalux.de

Hervorgegangen aus dem Projekt

«Lasst uns über Alternativen reden ...»

In Kooperation mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dr. Sabine Nuss, Dr. Lutz Brangsch

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel. 030 44310-448

STANDPUNKTE 2011

- 1/2011
JÖRN SCHÜTRUMPF
Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden
- 2/2011
JOCHEN WEICHOLD
Der Höhenflug der Grünen –
eine Herausforderung für DIE LINKE?
- 3/2011
AXEL TROOST
Quo vadis Finanzreform?
Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen
Finanzmärkte und was daraus geworden ist
- 4/2011
MICHAELA KLINGBERG
Der Sockel des Kaisers muss es sein
- 5/2011
ROLF GÖSSNER
Im Geist des Kalten Krieges –
im Namen der «streitbaren Demokratie»
Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-
Beobachtung Bodo Ramelow's (MdB) und
der Linkspartei ist rechtmäßig
- 6/2011
FRIEDRICH BURSCHEL
Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch
nach einem ideologischen Kotau
- 7/2011
SARAH SCHULZ
Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952
- 8/2011
ALEXANDRA MANSKE
Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft
Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen
- 9/2011
HANS THIE
EXIT statt EXITUS
Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen
- 10/2011
MICHAEL BRIE
Rosa Luxemburg's Symphonie zur russischen Revolution
- 11/2011
ULRICH BUSCH
Perspektiven der deutsch-deutschen Konvergenz bis 2020
- 12/2011
MARCUS HAWEL
Politische Bildungsarbeit zu Konfliktzonen
Anregungen zur Schaffung emanzipatorischer Räume
- 13/2011
JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER
Völkisch und sozial?
Neonazistische Agitation gegen die neue EU-Freizügigkeit
für Arbeitnehmer_innen
- 14/2011
WALTER RÖSLER
Eigentum – eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung
- 15/2011
Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung
- 16/2011
DIETER KLEIN
Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt
künftiger Transformation
- 17/2011
Politiken des (Post)Wachstum
- 18/2011
Gerecht und mit System – Vorschläge der LINKEN für einen
sozial-ökologischen Umbau jenseits des Wachstumszwangs
- 19/2011
RENÉ JOKISCH, MATTHIAS MONROY
Wikileaks – Bewegung im Fall Bradley Manning
- 20/2011
HELMUT MATTHES
Eine vorläufige Bilanz der Finanzkrise
- 21/2011
PETER BIERL
Tierrechts-Bewegung auf Abwegen
Ein Debattenbeitrag aus Anlass der fragwürdigen Ehrung des
Bioethikers Peter Singer durch die Giordano-Bruno-Stiftung
- 22/2011
FRIEDHELM HENGSBACH SJ
Europäische Solidarität – nicht zum Nulltarif
- 23/2011
STEFAN BOLLINGER
Der Sieg, der eine Niederlage war 50. Jahrestag des Baus
der Berliner Mauer
- 24/2011
ALEXANDER SCHLAGER
«Stuttgart 21» und die Demokratiefrage

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-434
Fax -122 · thimmel@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE 25/2011: August 2011